

(Abgeordneter Günther [Plauen].)

A) Der Wert des Staatsvermögens ist vom Herrn Finanzminister heute beleuchtet worden. Ich möchte demgegenüber sagen, daß dieser Wert doch vom Gang und von der Beschäftigung in unserer Industrie und in unseren Gewerbebetrieben abhängt.

(Sehr richtig! bei den Demokraten.)

Wenn die Staatsschulden nach den Angaben, die wir vom Regierungstische heute gehört haben, um 655 Millionen Mark überdeckt sind, so ist das ein sehr beruhigendes Moment, was der Herr Finanzminister hier in die Aussprache hineingeworfen hat. Aber man darf doch nicht vergessen, es kommt ganz darauf an, wie man die Gegenstände und die Vermögensobjekte bewertet. Jedenfalls war das nachfolgende Bild, das er bezüglich der Betriebskapitalien, der Vorräte und Kassenbestände entrollte, die sich um 55 Millionen Mark vermindert haben, kein besonders erfreuliches, das hat er auch selbst gesagt. Ich meine, man muß natürlich zu unserer Finanzwirtschaft zunächst das Vertrauen haben, daß, wenn die Verhältnisse bei uns sich einigermaßen günstig gestalten, wir doch wieder erhöhte Steuererträge aufzuweisen vermögen. Vorläufig liegen die Verhältnisse aber jedenfalls nicht so, daß wir nach dieser Richtung hin allzuviel Vertrauen haben könnten. Daß der Mehrertrag von 100 Millionen Mark

B) Steuern, wie der Herr Minister ausführte, nicht ausreicht, um den Nachtragsetat zu balancieren, ist eine weitere unerfreuliche Mitteilung. Trotzdem steht eine weitere Steigerung der Ausgaben in Aussicht. Daß natürlich diese weitere Steigerung der Ausgaben schließlich nicht mehr auf Steuermittel, sondern auf Anleihenmittel, wenn auch auf schwebende Schuld übernommen werden muß, steht für uns außer Zweifel.

Aber ich möchte unterstreichen, was der Herr Finanzminister ausführte, daß bei der Steuerordnung im Reiche den Gliedstaaten nicht diejenigen Steuerquellen weggenommen werden, die wir in erster Linie in Anspruch nehmen müssen, um unseren Verpflichtungen für unseren Staat überhaupt gerecht werden zu können. Die Verhältnisse haben sich außerordentlich geändert. Wir müssen heute bedenken, daß das Reich ganz anders in der Lage ist, Steuerquellen ausfindig zu machen, sich neue Steuerquellen zu eröffnen, während das den Einzelstaaten in dem Maße, wie es dem Reiche möglich ist, gar nicht zusteht.

Wenn der Herr Minister am Schlusse seiner Ausführungen noch auf den Kleinwohnungsbau hinwies, daß dadurch im Lande und in den Gemeinden der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden könne, so sind das sehr erfreuliche Äußerungen gewesen. Allerdings haben

(1. Abonnement.)

wir hier mit einem verlorenen Mehraufwand zu rechnen, (C) der jetzt schon ungefähr über 500 Millionen Mark betragen wird und der natürlich nur zu einem Teil, vielleicht zur Hälfte, vom Reiche erstattet werden wird, soweit er auf den Kleinwohnungsbau entfällt, während der verlorene Mehraufwand, soweit er für den Eisenbahnbetrieb und für sonstigen Staatsaufwand aufgebracht werden müßte, lediglich auf die Staatskasse entfallen würde. Ich glaube, den Herrn Minister nach dieser Richtung hin richtig verstanden zu haben. Wir sehen also, daß unserem Lande auch bezüglich des verlorenen Mehraufwandes eine außerordentliche Belastung droht und daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, damit die Arbeiten in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Ich pflichte dem Herrn Minister durchaus bei, wenn er am Schlusse seiner Ausführungen sich gegen die Desperadopolitik wendet, und möchte an die Einsicht aller Volksgenossen im Sachsenlande appellieren, daß, wenn wir wirtschaftlich wieder zur Blüte kommen wollen, wir alle Kräfte für die Arbeit und für die Erhaltung von Ruhe und Ordnung einsetzen müssen. Nur dadurch wird es möglich sein, dem Volke die Sehnsucht zu erfüllen, die längst vorhanden ist, daß Arbeit und Brot ins Land kommen mögen. Dann wird es auch für die Reichsleitung möglich (D) sein, in vollem Umfange, nicht geschwächt durch derartige Unruhen im Lande, sich für die Erwirkung eines baldigen Friedens einzusetzen, der uns die Grenzen öffnen soll, der uns die Freiheit auf dem Meere geben soll, der unseren deutschen Kaufmann hinaus-schicken soll ins überseeische Ausland, damit er seine Tätigkeit aufnehmen kann zum Segen und zur Wohlfahrt des deutschen Volkes und nicht zuletzt der sächsischen Bevölkerung.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dennhardt.

Abgeordneter Dennhardt: Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Günther (Plauen) und nach den Ausführungen der Herren Minister sehen die Dinge ja bei uns im Sachsenlande bezüglich der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung gar nicht so sehr schlecht aus. Anders denken aber die Arbeitslosen selbst über diese Materie. Wenn der Herr Minister ausführt, daß die Regelung der Arbeitslosenfrage einzig und allein nur durch das Reich geschehen sollte, so gebe ich das ohne weiteres zu. Aber Sachsen ist berufen, nicht alles das, was nun von Preußen